

Zimbabwe

DAVID GEGEN GOLIATH – «LANDGRABBING» IN ZIMBABWE

Betrachtet man die Voraussetzungen, standen die Zeichen zu Beginn eigentlich schlecht für die Aktivistengruppe PYD (Platform for Youth Development). Ein 600 Millionen schweres Ethanolprojekt in einem Land, das von Investoren gemieden wird und dessen Wirtschaft seit Jahren am Boden liegt. Dazu ein repressives Regime, von dem man sagt, dass es über Leichen geht, um die leeren Staatskassen und die eigenen Taschen zu füllen. Was sind da schon ein paar tausend Bauern, die mit Erfolg kommerzielle Landwirtschaft betreiben? Die müssen halt weichen, wenn man das Land für die Produktion von Treibstoffen aus Zuckerrohr nutzen kann. Doch weder der Staat noch der mit der Regierungspartei verbandelte dubiose Investor Billy Rautenbach und seine Firma Green Fuel hatten die Rechnung mit der Jugendorganisation PYD gemacht.



Das Problem wird bekannt Die Jugendorganisation PYD wurde 2008 als Reaktion auf die politische Krise Zimbabwes gegründet. Die jungen AktivistInnen setzten sich für den Einbezug der Jugend und gegen politisch motivierte Jugendgewalt ein. Mit der Niederlassung von Green Fuel in Chipinge rückte ein neues Thema in den Fokus. Viele der Mitglieder waren persönlich betroffen von der Landenteignung durch das Ethanolprojekt. PYD begann, ermächtigt durch ein Mandat der Bevölkerung und der lokalen Gemeindevertreter, mit Green Fuel und Staatsvertretern zu verhandeln. Erfolgreich versorgte die Jugendgruppe die Medien mit Informationen und schuf sich so ein wichtiges Sprachrohr. PYD ist es zu verdanken, dass die Thematik einer nationalen und internationalen Öffentlichkeit bekannt wurde.

Die rund 20 000 Betroffenen werden von den Behörden nicht über neue Entscheide oder einschlägige Parlamentsberichte informiert. Diese Aufgabe übernimmt PYD. In Workshops klärt PYD junge Leute über ihre Rechte auf und diskutiert, wie sie diese geltend machen können. Mit den verschiedenen Aktivitäten eint die Gruppe die Dorfbewölkerung und schafft ein Wir-Gefühl, das nötig ist, um Interessen der lokalen Gemeinschaften gegen eine einflussreiche Firma durchsetzen zu können. In etlichen Anläufen hat PYD an den Staat appelliert, seine BürgerInnen nicht im Stich zu lassen und für die Einhaltung der Gesetze durch Green Fuel zu sorgen. In verschiedenen Fällen hat PYD Klage bei Gericht eingereicht. Allerdings versanken die meisten Klagen im Wirrwarr von Bürokratie und Korruption. Immer wieder protestiert PYD gegen die ex-

zessive Gewalt durch Sicherheitskräfte der Firma und der Polizei und organisiert Rechtsvertretungen für die betroffenen Bäuerinnen und Bauern. Mehrmals konnten die PYD Mitglieder bei Protesten und Streiks zwischen den Kontrahenten vermitteln und Gewaltausbrüche verhindern oder eindämmen.

Gegner der Bevölkerung scheint nicht allein Green Fuel zu sein. Vielmehr scheitern die Betroffenen immer wieder an einem übermächtigen Staat, der im Interesse einer kleinen Elite handelt und eng mit den Investoren von Green Fuel verbandelt ist. Bereits mehrmals wurde der Konflikt auf Druck von PYD im Parlament behandelt. Zwei parlamentarische Kommissionen veröffentlichten

kritische Berichte, welche den Konflikt ausgiebig würdigten und nützliche Empfehlungen machten. Konkret umgesetzt wurde davon bisher nichts, was der Bevölkerung zugutekäme. Indirekt entsteht so immerhin ein gewisser Druck auf Green Fuel und es ist schon zu Gesprächen und Annäherungsversuchen mit PYD als Vertreter der lokalen Bevölkerung gekommen.

Erfolge im Kampf gegen das Landgrabbing Angesichts der schwierigen Bedingungen und zahlreichen Rückschläge ist die Beharrlichkeit der Aktivistengruppe mit ihrem engagierten Präsidenten Claris Madhuku bewundernswert. Es sind die kleinen Erfolge, welche immer wieder Hoffnung und Energie schöpfen lassen. Und die grosse



Wem gehört dieses Land?
BäuerInnen in Chipinge
wehren sich gemeinsam gegen
Landgrabbing.

Fotos PYD

Landnahme hat bisher nicht stattgefunden. Laut ihren eigenen Ankündigungen wollte Green Fuel 2014 bereits auf 35 700 Hektar Zuckerrohr anpflanzen – aktuell werden jedoch nur etwa 10 000 Hektar genutzt. Dies ist auch auf den Widerstand der Bauern und auf die Arbeit von PYD zurückzuführen. Ausserdem beeinflussen wiederkehrende Streiks und Proteste von ArbeiterInnen und ihren Angehörigen die Produktion und bringen Green Fuel zusätzlich in Bedrängnis. Die Firma hat Mühe, die versprochene Menge an Ethanol für den zimbabweischen Staat zu produzieren. Zwar blieb der bahnbrechende Erfolg für die lokale Bevölkerung und eine klare Einigung über die Landfrage bisher aus. Doch wer weiss, wie die Situation in Chipinge heute aussehen würde, stellte sich PYD dem Ethanolriesen nicht immer wieder mutig in den Weg.

Daniela Zimmermann



In dieser Fabrik wird
das Zuckerrohr zu Ethanol
weiterverarbeitet.

Fotos E. Matare

Chronologie

Ereignisse	Jahr
Einsetzung einer Koalitionsregierung nach landesweiten Gewaltexzessen rund um die Wahlen; Gründung von PYD als Jugendorganisation; erstes Treffen zwischen Vertretern der Firma und den Dorfbewohnern.	2008
Vertrag zwischen der Firma Green Fuel und ARDA (zimbabweische Behörde zur Verwaltung von Staatsland).	2009
Fertigstellung der Ethanolfabrik in Chisumbanje; erste Dispute zwischen GreenFuel und den Dorfbewohnern; Verschmutzung der Wasserquellen durch Abwasser; PYD erhält ein Mandat zur Repräsentation der Dorfbewölkerung	2011
Besuch von fepa-Vorstandsmitglied Ueli Haller bei PYD.	2011
Veröffentlichung des Parlamentsreports mit Empfehlungen zur Konfliktlösung; Gremium mit Vertretern von allen Konfliktparteien (darunter PYD) wird gebildet.	2012
Das Beimischen von Ethanol zum Benzin wird landesweit Vorschrift; das Vermittlungsgremium wird gegen den Willen von PYD aufgelöst.	2013
Minister drohen mit Schliessung der Fabrik, da sich diese nicht an Umweltbestimmungen hält.	2014
Erneute Veröffentlichung eines kritischen Parlamentsreports, ähnlich jenem von 2011. PYD setzt ein Programm um, das die Dorfbewölkerungen in der lokalen Sprache über die Parlamentsberichte informiert.	2015

fepa lernte PYD 2009 als Partner von YETT (Youth Empowerment and Transformation Trust) kennen. Bis 2014 basierte der Support auf politischer Unterstützung und Vernetzungshilfe. fepa bot PYD eine Plattform und half den jungen AktivistInnen, ihre Anliegen einem breiteren Publikum bekannt zu machen.

Mit Unterstützung von fepa entwickelt PYD auf der Basis eines breiten Mitwirkungsprozesses ein Programm zum Thema Jugend und Entwicklung in Chipinge.

fepa unterstützt die Informationsarbeit von PYD in den betroffenen Gemeinschaften. Über aktuelle Entwicklungen rund um den Konflikt informieren wir auf unserer Webseite: www.fepafrika.ch/fepa/ advocacy und über facebook.

Felder wurden kurz vor der Erntezeit zerstört.

Angekündigt wurde das Ethanolprojekt von Green Fuel im Chipinge Distrikt im Osten Zimbabwes bereits 2009. Die Bevölkerung war nicht abgeneigt, denn die ländliche Gemeinschaft hoffte auf dringend benötigte Arbeitsplätze und neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Doch die Realität sah anders aus. Während einer Dorfversammlung stellten Vertreter der Firma und der Regierung die lokale Bevölkerung vor vollendete Tatsachen. Genaue Informationen wurden vorenthalten, von Einbezug der Betroffenen war nichts zu spüren. Der Konflikt entspann sich hauptsächlich um die Grenzziehung zwischen Staats- und Gemeindeland. ARDA, die Behörde zur Verwaltung von Staatsland, hat Green Fuel rund 40 000 Hektar Land vertraglich zur Verfügung gestellt. Die Bauern beharren jedoch darauf, dass nur 5000 Hektar davon Staatsland seien, der Rest sei von den Chiefs verwaltetes Gemeinschaftsland.

Schnell kam es zu den ersten Zusammenstößen. Bauern mussten mit ansehen, wie ihre Felder kurz vor der Erntezeit zerstört wurden. Wo sie nicht weichen wollten, wurde mit Polizeigewalt nachgeholfen. Dazu kam, dass Green Fuel Umweltschutzgesetze ignorierte und das schmutzige Abwasser der Fabrik zum Tod von Vieh führte. Versprochene Entschädigungszahlungen blieben aus. PYD, eine Gruppe engagierter Jugendlicher, wollte diese Missstände nicht länger dulden. Akribisch dokumentiert PYD seither den Verlauf des Disputs und sorgt dafür, dass Ungerechtigkeiten nicht unbemerkt unter den Tisch gewischt werden. So vermochte PYD den Anliegen der Bevölkerung eine starke Stimme zu geben.

Die Jungen wollten diese Missstände nicht länger dulden.